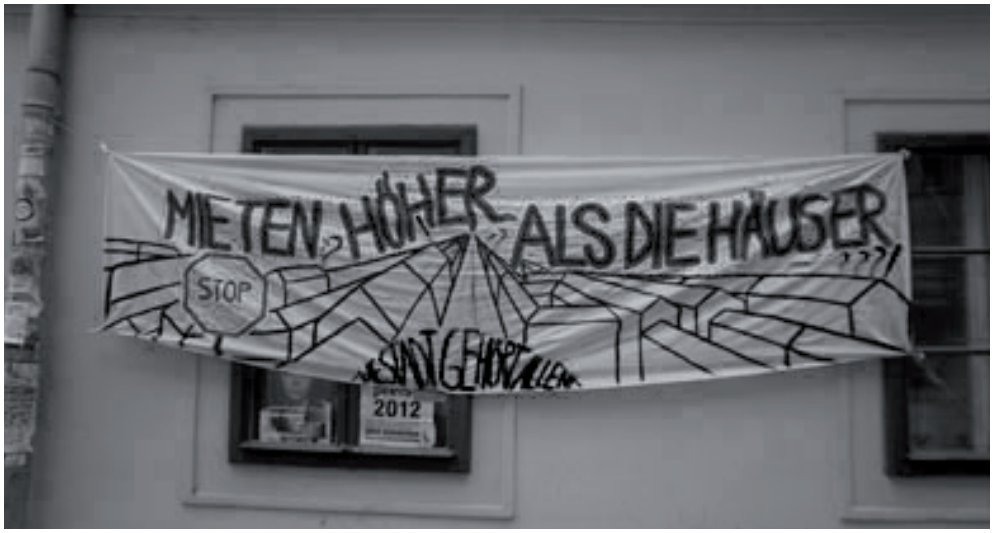
´s Schmankerl freut sich über Artikel zum Geschehen im 2. Bezirk.
Kontakt über: schmankerl@riseup.net

„Die Scheiß Miete ist zu hoch“ Demos finden jeden 3. Samstag im Monat statt, um 16 Uhr, Treffpunkt wird per Plakat bekannt gegeben.



Thema Gentrifizierung

Während wir zum 4. Mal dagegen demonstrieren, dass „die Scheiß-Miete zu hoch“ ist, tüfteln andere an weiteren Mieterhöhungen. Das seit Jahrzehnten immer mehr aufgeweichte Mietrechtsgesetz lässt ja Zuschläge aller Art zur Basismiete zu. Gewiefte Hausbesitzer finden sowohl ebenerdige Wohnungen („barrierearmer Zugang“) als auch welche mit Fenstern in miefige Hinterhöfe („Ruhelage“) oder auf verkehrsreiche Straßen („zentrale Lage“) zuschlagswürdig. Aber selbst diese Mietzinssteigerungen reichen ihnen nicht aus.
Unser Problem: wir können uns höhere Mieten gar nicht leisten. Ihre Lösung: dann müssen wir eben Platz machen für welche, die mehr Geld in der Tasche haben.
„Gentry“ ist ein alter englischer Begriff für den niederen Adel. Im 18. Jahrhundert entdeckte er die Stadtzentren wieder für sich. Sogleich begann er damit, diese Viertel für sich zu beanspruchen. Und weil Adelige nun mal nicht gerne Tür an Tür mit armen ArbeiterInnen wohnen, mussten letztere eben weichen.
Heute sind es die zahlungskräftigen Yuppies und Bobos, die sich wohler fühlen, wenn Viertel in jeglicher Hinsicht „aufgeräumt“ werden, ehe sie dort zuziehen. Und

das geschieht über die sogenannte Stadtsanierung.
Dieses wohlklingende Wort „Sanierung“ bedeutet, dass erstmal Häuser dem Verfall preisgegeben werden. Bei Bedarf wird nachgeholfen: Dächer werden beschädigt, Abflüsse verstopft, Sicherungen geklaut, der Hausbesitzer-Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Und dann die scheinheilige Frage an die MieterInnen, ob sie nicht freiwillig ausziehen möchten. Hilft das alles nichts, dann ist ein Brand oft sehr hilfreich.
Sind die armen SchluckerInnen erstmal erfolgreich aus ihren Wohnungen vertrieben, dann wird flugs abgerissen und ein höherer Bau hingestellt. Oder es wird „topsaniert“, d.h. für wenig Geld ein „Schmuckstückerl“ von einer Wohnung vorgegaukelt. Hilfreich dabei sind diverse Kredite und Förderungen der Stadt und des Bundes, die selbstverständlich wir alle bezahlen. Und jetzt können sie kommen, die zahlungskräftigen KundInnen!
Wo die vormaligen MieterInnen bleiben, interessiert dabei niemand. Sie sind die Späne, die beim Hobeln zwangsläufig anfallen – und achtlos beiseite gewischt werden. Bei einer Lesung am 28. September in der Pizzeria in der Mühlfeldgasse 12 wurde der Schriftverkehr eines Hausherrn präsentiert, den dieser zum Zweck der Sanierung mit seinen MieterInnen und diversen Behörden geführt hatte. Einer der Höhepunkte aus einem Brief an einen Mieter: „Hätte ich gewusst, dass Sie arm oder Sozialist sind, hätte ich Ihnen niemals eine Wohnung vermietet.“
Gentrifizierung heißt also: Reiche rein ins Viertel, Arme rausgeschmissen, und die Gewinne steigen wieder.

lierten Mietzins gewohnt werden kann, dieser Bestand entspricht aber nicht dem Bedarf. Laut einer Studie der ArbeiterInnenkammer (AK) wuchs die Stadt Wien in den letzten 10 Jahren um ein Vielfaches (offiziell um 170.000 Menschen) im Vergleich zum Zuwachs in den letzten 50 Jahren davor. Dennoch wird aber seit ca. 6 Jahren nicht mehr öffentlich gefördert gebaut. Dadurch stieg in dieser Zeit der Mietzins am privaten Wohnungsmarkt durchschnittlich um das 2,5fache. Die Erhöhungen der Mieten im privaten Wohnsektor wirken sich wiederum verschärfend auf die Situation in den Gemeindebauten aus, weil mehr Menschen hoffen, dort günstig wohnen zu können. So müssen sogar Familien mit Kindern jahrelang auf eine Wohnung im Gemeindebau warten.
Der gesamte Wohnungsmarkt wird dadurch unter Druck gesetzt, dass Vermieter sich bei Neubauten nicht an das strenge Mietrecht halten müssen. Deshalb kommt sicherlich jeder Vermieter schnell auf die Idee, ein Gebäude, das vor 1953 errichtet wurde, lieber abzureißen und neu zu bauen. Und dazu muss eben „bestandsfrei“ gemacht, d.h. MieterInnen werden mit allen Mitteln vor die Tür gesetzt werden.
Zum Glück lassen sich das nicht alle gefallen. Neben der monatlichen Demonstration „Die Scheiß Miete ist zu hoch“, welche versucht, auf die Verdrängung und die sozialen Konflikte darum herum im 2. Bezirk aufmerksam zu machen, gibt es beispielsweise ein Bündnis, initiiert von der Straßenzeitung „Augustin“, das eine breite Kampagne zu diesem Thema vorbereitet.
Dort wird vor allem auf eine große Demonstration am 7.12.2012 hingearbeitet, den Tag, an dem vor 100 Jahren das Wiener MieterInnenrecht eingeführt wurde. Wer sich daran beteiligen oder mit anderen Betroffenen zum Thema austauschen möchte, kann sich direkt an den Augustin wenden, oder mal sonntags auf eine Pizza in der Pizzeria in der Mühlfeldgasse 12 vorbeischauen.
Links zum Thema: pizza.noblogs.org, augustin.or.at

Die Pizzeria in der Mühlfeldgasse 12

Leerstand und (trotzdem) steigende Mieten sind ein aktuelles und brisantes Thema: Es gibt keine Zahlen, aber die blinden Fenster leerer Wohnungen im zweiten Bezirk sind zahlreich. Die Baustellen auch. NachbarInnen müssen ausziehen und finden keine preislich vergleichbare Wohnung in ihrem Grätzl.
Was im Haus in der Mühlfeldgasse 12 seit letztem Winter geschieht, passiert in vielen anderen Häusern auch, nicht nur im zweiten Bezirk. Schon der Vorbesitzer wollte mit dem denkmalwürdigen Haus offenbar ein großes Geschäft machen und kündigte unrechtmäßig alle Mietverträge. Das Haus sollte luxussaniert, danach die Wohnungen im Eigentum teuer verkauft werden.
Seitdem erfahren die BewohnerInnen, was dieses Geschäftsinteresse bedeuten kann. Der Vorbesitzer versuchte im zweiten Schritt, mit verschiedensten Mitteln diejenigen MieterInnen zum Auszug zu bringen, bei denen er mit seinen Kündigungen nicht durchgekommen war. Unter seine Verantwortung fällt z.B. ein Schaden am Dach, der erst durch den Druck der Hausversicherung behoben wurde. In der Wohnung darunter hatte bereits knöcheltief das Wasser gestanden. Der damalige Hauseigentümer wurde kurz davor und danach von den MieterInnen mehrfach beim Werkeln am Dachboden angetroffen, und nach der Reparatur regnete es wieder rein.
Im August 2011 kaufte dann die Castella Ges.m.b.H. das Haus und die Methoden der Bestandsfreimachung verschärften sich: Im Stiegenhaus wurde Öl verschüttet, zwei Wochen später Chemikalien. Ein Verein zog ein, dessen Vorsitzender stark alkoholisiert im Stiegenhaus pöbelte, sich als Eigentümer aufspielte und die MieterInnen bedrohte. Regelmäßig landete der Müll aus den Tonnen im Eingangsbereich. Das Haustürschloss wurde nicht repariert, die Post kommt selten an.
Dann wurde im November vergangenen Jahres Menschen ohne fixe Wohnmöglichkeiten eine sechsmonatige Nutzung der leerstehenden Wohnungen und der verlassenen, verwüsteten Pizzeria im Erdgeschoß angeboten.
Seitdem hat sich der Wind ein wenig gedreht: Gemeinsam konnten AltmieterInnen und ZwischennutzerInnen eine mediale Öffentlichkeit herstellen, die die Castella Ges.m.b.H. sichtlich unter Beobachtung stellte. Es wurden ähnliche Geschichten aus anderen Häusern in deren Besitz bekannt, bis sogar „Ein Fall für Resetarits“ im ORF sich des Spektakels annahm. Seitdem ist es zwar ruhiger geworden in der Mühlfeldgasse 12, aber von einer entspannten Wohnsituation kann man nicht sprechen. Zu groß sind die unbehobenen Mängel, wie der Schimmelbefall in der Wohnung im dritten Stock, die beschädigte Eingangstür und die völlig veralteten Stromleitungen. Darüber hinaus bleibt die Angst vor weiteren persönlichen Bedrohungen durch die Geschäftsführer der Castella, Avner Motaev und Nery Alaev, falls die ZwischennutzerInnen einmal ausziehen werden müssen. Leider ist dieses Geschäftsmodell keine einzigartige ungute Masche, sondern eine Praxis, die sich vielfach abspielt, wenn mit Wohnraum Geld gemacht werden will.
Die städtische Wohnungspolitik spielt hier eine entscheidende Rolle. Es gibt zwar einen großen Bestand an Gemeindebauten, in denen zu einem festgelegten, regu-

Spekulationsgeschäfte am Augartenspitz gegen Widerstand aus der Bevölkerung

Am Augartenspitz entsteht derzeit bekanntlich der Konzertsaal für die Wiener Sängerknaben. Dieses Gebäude wird mit privaten Millionen aus der „POK Pühringer Privatstiftung“ für einen privaten Verein gebaut – auf öffentlichem Grund, denn der Augarten gehört der Republik, also uns allen! Für den Bau gab es keine Ausschreibung, dafür steht das beteiligte Architekturbüro „Archipel“ in verwandtschaftlicher Nahebeziehung zum Sponsor.
Die Miete für die verbaute, ehemalige Parkfläche (1.744 m2) in zentraler Lage am Augartenspitz beträgt jährlich lächerliche 10.000 Euro. Das ergibt einen monatlichen Mietzins von 47,8 Cent pro Quadratmeter und ist lauf Wirtschaftsministerium gewinnbringend. Solch einen Grund für so einen Preis würde wohl jedeR mit Handkuss nehmen.
Einwände besorgter BürgerInnen, dass die Öffentlichkeit diesen Konzertsaal finanzieren wird müssen, wischte Pühringer ursprünglich so beiseite: Die Finanzierung sei für 67 Jahre gesichert, „das kostet den Steuerzahler nix“. Jetzt liest mensch in den „Salzburger Nachrichten“ vom 26.9.2012, der Betrieb des Konzertsaals werde von der POK „65 Jahre lang mitfinanziert“. Von „kostet keinen Cent“ also keine Rede mehr. Wie befürchtet, werden die SteuerzahlerInnen für die Betriebskosten zur Kasse gebeten werden.
Der Mietvertrag für 1.744 m2 Augarten-Fläche wird ebenso unter Verschluss gehalten wie der Sponsorvertrag Pühringers mit dem Verein Wiener Sängerknaben. Ob es den Baurechts-Vertrag überhaupt gibt? In der Urkundensammlung des Grundbuchs im Bezirksgericht Leopoldstadt findet er sich nicht. Ist Pühringers Konzerthalle also ein Schwarzbau?
Und wem nützt dieser Konzertsaal? Helmut Hofmann schreibt dazu auf www.aktion21.at: „Die Wiener Sängerknaben sind zu jung, um zu durchschauen, wessen Spielball sie sind, wem sie als Feigenblatt dienen. Die ‚Ehemaligen‘ und ihre ‚Freunde‘ geben sich mit solchen Fragen erst gar nicht ab. Und wer glaubt, dass sich hohe und höchste Politiker für den Bau aus Begeisterung für die Wiener Sängerknaben so vehement eingesetzt hätten, der hat keine Ahnung von den Spielregeln der Politik, die ja in letzter Zeit schonungslos zutage getreten sind. Da geht es nicht um künstlerische oder kulturelle Vorlieben, da geht es immer und nur ums Geld. (…) Auf dem Augartenspitz wurde ein Stück eines im Besitz der Allgemeinheit stehenden denkmalgeschützten Juwels im wahrsten Sinn des Wortes ‚privatisiert‘ (...). Um welchen Preis dies geschah, bleibt dabei ein vor der Öffentlichkeit gut gehütetes Geheimnis. Der Verdacht, dass hier wieder einmal auf Kosten der Allgemeinheit öffentliches Gut verschleudert wurde, liegt nahe.“
Das Maß ist voll. Auch beim Augartenspitz. Das dürfte die Politik auch in der Frage der FLAK-Türme allmählich erkennen. Aber das Monsterprojekt des Datencenters ist immer noch nicht vom Tisch. Die Bevölkerung bleibt wachsam, auch im Augarten. Die wöchentliche Mahnwache wird weiter gehalten werden, mit ProFesten und krea-

SOS Augarten! SOS BürgerInnenrechte! Foto: M. Heckmann

tiven Aktionen wird weiter informiert, protestiert und der Widerstand gefeiert.
Mahnwache: Jeden Donnerstag ab 17:00; Tanzhaus (Mulatság): Sa 20. Oktober ab 14:00, Ort: Augartenspitz
Weitere Informationen zum Thema: Josefinisches Erlustigungskomitee www.erlustigung.org, www.baustopp.at, www.aktion21.at
Quellen:
„Dreißig-Millionen-Spende für den Konzertsaal im Augarten. Wunsch oder Wirklichkeit?"; Verein Freunde des Augartens (OTS0225 2012-09-28)
„Schuss ins eigene Knie?"; Helmut Hofmann (aktion21.at Mittwoch, 26. September 2012)

Mitmachen – aber wie bitte?

Die Stadt Wien gibt zur Zeit nicht wenig Geld für eine nach eigenen Aussagen „europaweit einmalige Form der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger" aus. Das Ganze nennt sich „Wiener Charta". Wir sind aufgerufen, bei der Erstellung von Grundsätzen und Spielregeln für ein gutes Zusammenleben mitzumachen. Dazu werden hunderte Gespräche in allen Ecken der Stadt geführt.
Am 24. September machte dieser Wanderzirkus am Volkertplatz halt. An die 20 Geschäftsleute, AnrainerInnen und NutzerInnen des Volkertmarktes und -platzes waren gekommen, um ihre Probleme und Lösungsvorschläge einzubringen. Unsere AnsprechpartnerInnen auf der Gegenüberseite gaben ihr Bestes, um unsere letzten Illusionen über „BürgerInnenbeteiligung" zu zerstreuen.
Da war die Mitarbeiterin der Gebietsbetreuung, eine wirklich freundliche Person. Leider verhinderten ihre ständigen Mauscheleien mit einzelnen Personen am Rande der Gesprächsrunde, dass sie unsere Anliegen überhaupt erfahren konnte.
Die Vertreterin der „Wiener Charta" erklärte uns zwar mindestens fünfmal, dass es um BürgerInnenbeteiligung und Mitbestimmung geht. „Die Stadt gehört uns allen" lässt Bürgermeister Häupl ja gerne plakatieren. Aber leider, die Anliegen, die wir vorbrachten, fielen ihrer Ansicht nach alle nicht unter die Kategorie „behandelnswert".
Und der Chef des örtlichen Marktamtes entpuppte sich rasch als profunder Kenner der Gesetzeslage. Ein paar StandlerInnen wünschten sich mehr Feste in der Mitte des Marktes. „Dieser Platz ist für fahrende HändlerInnen reserviert, deshalb kann hier nichts anderes stattfinden" lautete sein Kommentar dazu.
Mehrere Leute forderten, dass das Fahr- und Parkverbot am Platz endlich durchgesetzt wird. Das wandelnde Gesetzbuch erklärte uns, dass so etwas eh nie und nimmer funktioniert. Ein neuer Schranken, der die Zufahrt versperrt, wäre „reine Geldverschwendung". Spielende Kinder gefährdet, Fahrzeuggestank und -lärm am Platz, der im Sommer von hunderten Menschen zur Erholung genutzt wird – alles nicht so wichtig.
Mangelnden Respekt, den ihnen ein Standler entgegenbringt, nannte eine Gruppe von Leuten, die sich gerne abends am Platz trifft, als ihr Problem. Selbstverständlich konnte auch dieses Anliegen nicht behandelt werden – der betreffende Unternehmer zog es vor, nur kurz vorbeizukommen und mitzuteilen, dass er dazu nichts mitzuteilen habe.
Respektlos nannten schließlich einige eingeladene BürgerInnen den Umgang der VeranstalterInnen mit uns. Andere bezeichneten ihn schlicht als „Verarschung". Jedenfalls ist uns deutlich zu verstehen gegeben worden, dass die Stadt Wien keinesfalls an einer Mitsprache der Betroffenen interessiert ist; dass die „Wiener Charta" lediglich ein Selbstbeweihräucherungsprojekt der Gemeinde ist; und dass wir auf diese ExpertInnen nicht zählen können, wenn wir in unserer Wohnumgebung etwas verändern wollen.
Um zu einem positiven Abschluss zu kommen: Wir haben bei dieser Versammlung AnrainerInnen kennenlernen können, die sich lange schon ganz praktisch um ein angenehmes Klima im Grätzl kümmern – ehrenamtlich und unentgeltlich, dafür aber engagiert und kompetent. Solche Menschen brauchen wir, wenn wir unsere Umgebung lebenswerter gestalten wollen.